



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Der Bund der Landwirte. Wenn dieser neue Verein noch etwas andres bezweckt, als die Abwendung eines Handelsvertrags mit Rußland durch Einschüchterung der Regierung, dann ist es Zeit für ihn, sich endlich einmal darauf zu besinnen, was er eigentlich will. Zwei Wege stehen ihm offen. Entweder er konstituiert sich als landwirtschaftlicher Zentralverein für ganz Deutschland, um alle schon bestehenden gemeinnützigen Einrichtungen der deutschen Ritter- und Bauernschaft in sich aufzunehmen und solche zu gründen, wo sie noch nicht bestehen. Die zentrale Leitung aller Unternehmungen zur Abhilfe landwirtschaftlicher Nöte würde freilich beinahe ein übermenschliches Maß von Weisheit, Unparteilichkeit und Uneigennützigkeit erfordern, weil diese Nöte in den verschiedenen Landesteilen und Güterklassen aus ganz verschiedenen Ursachen entspringen und hie und da sogar einen starken Interessengegensatz begründen; man denke nur an die Sachfengängerei! Doch ließe sich gerade dieser Umstand auch für die einheitliche Organisation anführen, indem eben diese die Interessengegensätze vielleicht auszugleichen vermöchte. So z. B. könnte sie der aus ganz entgegengesetzten Ursachen entspringenden Not der nordostdeutschen Großgrundbesitzer und der südwestdeutschen Kleinbauern mit ein und demselben Mittel abhelfen: durch innere Kolonisation; indem sie einen Teil dieser Kleinbauern, die zu wenig Land haben, auf den Gütern jener Herren ansiedelte, deren Leiden darin besteht, daß ihre Ackerfläche zu groß ist sowohl für ihr Betriebskapital wie im Verhältnis zur Zahl ihrer Arbeiter. Oder der Bund der Landwirte konstituiert sich als politischer Wahlverein, um die Mehrheit in den Parlamenten zu erlangen und die Wünsche seiner Mitglieder auf dem Wege der Gesetzgebung zu befriedigen. Damit verzichtet er aber auf positives Wirken, auf die Organisation der Landwirte zur Selbsthilfe auf dem Genossenschaftswege. Diesen Punkt hat der Westfälische Bauernverein auf einer am 28. März zu Münster abgehaltenen Vorstands- und Ausschußsitzung hervorgehoben und dabei auf Grund der bisherigen Kundgebungen des Bundes ohne weiteres angenommen, daß dieser ein politischer Verein sei. Diese Westfalen erklären, daß das Programm des Bundes zum größten Teil auch das ihre sei, und daß sie nur in zwei Punkten entgegengesetzte Forderungen erheben müßten: sie wollen, daß der Identitätsnachweis aufrecht erhalten, der Staffeltarif für Getreide- und Mühlenfabrikate dagegen aufgehoben werde. Aber der Westfälische Bauernverein — heißt es in Nr. 4 der beschlossenen Resolution — „hat niemals eine einseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder verfolgt, sondern mit Rücksicht auf die Gesamtproduktion des Vaterlandes, insbesondre auf die hohe Entwicklung der Industrie in der Heimatprovinz Westfalen, immer den Standpunkt der Gemeinsamkeit der Interessen in der Erkenntnis vertreten, daß sich die Blüte und das Wohlergehen der Landwirtschaft und der Industrie gegenseitig bedingen, daß aber auch Luft und Licht für beide gleich verteilt sein müssen, daher Bevorzungen entgegenzutreten ist.“ Der Bauernverein aber, das ist die Hauptsache, kann gar nicht in den Bund eintreten, weil er dadurch gezwungen würde, auf seine bewährte segensreiche Wirksamkeit zu verzichten. Nr. 6 der Resolution lautet: „Dem Westfälischen Bauernverein, der ein nicht unerhebliches Vermögen angesammelt und viele segensreich wirkende Einrichtungen, insbesondre Kreditinstitute, gemeinsame Bezüge [soll wahrscheinlich heißen

Einkaufsgenossenschaften) u. s. w. ins Lebens gerufen hat, wurden auf Grund seiner Statuten die Rechte einer juristischen Person allerhöchsten Ortes verliehen. Diese Statuten verbieten dem Verein jede politische Thätigkeit, somit auch jede Einwirkung bei den Wahlen. Daher ist es für den Westfälischen Bauernverein unmöglich und [ihm] auch gesehlich versagt, in dem neu gebildeten Bund der Landwirte aufzugehen, sich ihm anzuschließen oder mit ihm in Verbindung zu treten.“ Man weiß nun zwar, daß diese münsterländischen Bauern bei Land- und Reichstagswahlen nie einem andern als dem Zentrums kandidaten ihre Stimmen geben, aber das Wahlgeschäft wird nicht in den Sitzungen des Bauernvereins besorgt. Wenn die Mitglieder eines Fachvereins sämtlich ein und derselben politischen Partei angehören, so ist das gewiß ein Vorteil sowohl für die politische Partei wie für die Fachbestrebungen, eins stärkt das andre; aber dabei kann man formell korrekt verfahren, sodaß die Geseze nicht verletzt werden. Eine ganz ähnliche Erklärung haben der Graf von Jügelheim und der Oberst a. D. Winterberger am 1. April im Namen des Nassauischen Bauernvereins erlassen. Darin heißt es: „Mit Ausnahme des Punktes, der den Identitätsnachweis und die Staffeltarife betrifft, hält der Nassauische Bauernverein die Ziele des Bundes der Landwirte für durchaus berechtigt, schließt sich dem Bunde aber nicht organisatorisch an, da er dem nassauischen Bauer mehr bietet (Schutz gegen Wucher, Erteilung kostenloser Rechtsauskunft u. s. w.), und die Landwirtschaft, namentlich auf dem Westerwald, in Nassau nur dann gefördert werden kann, wenn ihr die durch den Verein gebotenen Vorteile nicht nur nicht entzogen, sondern mit der Zeit in noch größerem Maßstabe geboten werden.“ Die Währungsfrage wird weder von dem westfälischen noch von dem nassauischen Vereine erwähnt. In Übereinstimmung mit beiden hat sich endlich auch am 6. April zu Neuß der Rheinische Bauernverein geäußert.

Wenn also der Bund, wie es scheint, ein politischer Verein werden soll, so muß er zunächst darauf verzichten, die Landwirte von ganz Deutschland zu gewinnen, weil sich, wie gesagt, die meisten sächsischen und westdeutschen in Beziehung auf einzelne Programmpunkte in entschiedenem Gegensatz zu ihm befinden. Auch sind die Bauern der ostelbischen Provinzen den Junkern keineswegs durchweg so grün, daß es leicht sein wird, beide unter einen Hut zu bringen. Nur wo der Großbauer, der selbst ein halber Rittergutsbesitzer ist, vorherrscht, besteht eine vollkommene Interessensharmonie; hier heißt die Lösung: hohe Getreidepreise, niedrige Arbeitslöhne. Es fragt sich nur, wie groß die Zahl dieser Interessenten ist. Eugen Richter behauptet in der „Freisinnigen Zeitung“: „Die Hauptnutznieser der Getreidezölle sind, in ganz Deutschland zusammengerechnet, nur die 2500 größten Besitzer.“ Die Hauptnutznieser, aber doch nicht die alleinigen. Sombart, ein durchaus zuverlässiger Gewährsmann in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, hat in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 8. März gesagt: „Nur ein und eine viertel Million Landwirte haben ein so großes Besitztum, daß sie ein Interesse am Schutzzoll haben. Diese Landwirte mit ihren Angehörigen stellen nur den achten Teil der deutschen Bevölkerung dar. Ich bin Vertreter des ganzen Volks und kann daher nicht die Vorteile eines so kleinen Teiles der Bevölkerung wahrnehmen.“ Jedenfalls schließt die deutsche Reichsverfassung jede Möglichkeit aus, daß dieses Achtel jemals den Reichstag beherrschen könnte.

Nun aber noch die Hauptschwierigkeit! Soll der neue Wahlverein eine neue Partei gründen, oder soll er nur die konservative Partei unterstützen? Der landwirtschaftliche Verein zu Biegnitz hat den Bundesvorstand ersucht, dahin wirken zu wollen, „daß eine neue politische Partei, genannt »deutsche Landpartei,« gebildet

werde. Nur durch die Neubegründung einer solchen neuen Partei scheint es möglich, aus dem alten Parteihader herauszukommen und die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Wählerschaft unter einen Hut zu bringen.“ Dagegen scheinen die landwirtschaftlichen Vereine der Kreise Grottkau und Neustadt in Oberschlesien auf Verdrängung der ultramontanen durch konservative Abgeordnete auszugehen. Im Neustädter führte der Landrat von Sydow am 28. März aus, „der Bund habe sich zum Ziele gesetzt, bei den Wahlen Einfluß zu gewinnen. Werde dieses erreicht, so sei das schon ein großer Gewinn. Die Regierung brauche zur Durchführung ihrer Bestrebungen eine feste Mehrheit. Sobald diese Mehrheit aus Freunden der Landwirtschaft bestehe, würden auch die Vorschläge der Regierung den Wünschen [der Landwirte] mehr entsprechen.“ Das heißt deutlicher ausgedrückt: wenn wir eine konservative Mehrheit in den Reichstag schicken, die alle Militär- und Steuer-vorlagen unbeschoren bewilligt, dann wird uns die Regierung hohe Agrarzölle, die Silberwährung und allerlei Beschränkungen der Freizügigkeit bewilligen. Wenn man nun einerseits bedenkt, wie schwierig die Gründung einer neuen Partei ist, andererseits, daß es kein besseres Mittel giebt, die Zentrumswähler von der konservativen Partei abzuschrecken, als die Aussicht auf mehr Soldaten und mehr Steuern,*) endlich, daß die ländlichen Arbeiter und die kleinen Bauern das Gegenteil von dem wollen, was die Agrarier wollen, so muß man sagen, die Anhänger des Bundes werden zum Warten auf den Erfolg ihrer Wahlagitation viel Geduld brauchen.

Einstweilen vertreiben sie sich mit ganz phantastischen Plänen die Zeit. So hat der Geheime Regierungsrat von Selchow auf Rudnik in einer landwirtschaftlichen Versammlung zu Ratibor am 23. März das — Getreidemonopol gefordert. Weizen und Roggen sollen „der Weltkonkurrenz gänzlich entriickt,“ für erstern soll ein „Grundverkaufspreis“ von neunzehn Mark, für letztern ein solcher von sechzehn Mark für hundert Kilo festgesetzt werden. Nun, nach Mißernten steigen ja die Preise sogar bedeutend höher. Regierung und Parlament könnten ruhig dem Herrn den Gefallen thun, das Monopol zu bewilligen und den „Grundverkaufspreis“ festzulegen. Wenn sich dieser nach einer guten Ernte mit allen gesetzlichen Zwangsmitteln auch nur vier Wochen lang festhalten läßt, dann machen wir uns anheischig, für unsre litterarischen Arbeiten einen Grundverkaufspreis von drei Mark für die Zeile durchzusetzen. Die starken Schwankungen des Getreidepreises sind allerdings ein Übel für die Landwirte, aber alle Kunst- und Gewaltmittel der Regierungen, dieses Übel abzustellen, haben sich bis jetzt unwirksam gezeigt; freier Getreidehandel ist das einzige, was bisher im größten Maßstabe preisausgleichend gewirkt hat. Unfre Agrarier wollen sich die Haare ausraufen, weil der Preis von einem Jahre zum andern auf die Hälfte gesunken ist, aber vor siebzig Jahren ist er einmal binnen sechs Jahren auf ein Zwölftel (!) gesunken. Im Mai 1817, so lesen wir in der jüngst besprochenen Biographie Harforts, galt in Witten der Scheffel (72 bis 80 Pfund) Roggen nach heutigem Gelde 18½ bis 23 Mark, im Jahre 1823 aber 1 Mark 67 Pfennige. So gewaltige Schwankungen, die heute die furchtbarsten Katastrophen verursachen würden, waren ehemals nichts ungewöhnliches; erst der Welthandel, der die Ernten aller Länder der Erde ausgleicht, hat sie unmöglich gemacht. Gewiß sind die Getreidehändler keine Heiligen, sondern Leute,

*) Eine Versammlung oberpfälzischer Bauern zu Regensburg hat am Ostermontage ihr „tiefes Bedauern über die Befürwortung der Militärvorlage durch die Tivoliverammlung“ ausgesprochen und die Haltung dieser Versammlung in der Militärfrage „aufs schärfste verurteilt“; kein Stand leide so schwer unterm Militarismus wie der Bauernstand.

die lieber viel als wenig Geld verdienen, und die auch vor allerlei Künsten nicht zurückschrecken. Aber bei einer in so ungeheuern Massen vorhandnen Ware versagen die Künste, die z. B. den Kupferpreis einmal weit über das natürliche Maß hinaufstreben konnten. Ein Ring kann vielleicht alles Kupfer der Erde, aber ganz gewiß nicht alles Getreide der Erde aufkaufen. Möglich, daß die Börse manchmal auf etliche Monate einen willkürlich hohen Kornpreis festzuhalten vermag; die dadurch erzeugten Schwankungen sind doch nur unbedeutend im Vergleich zu den durch den verschiednen Ernteausfall verursachten in einem vom Welthandel abgesperrten Lande.

Carmen Sylva und Franz Liszt. Unter dieser Überschrift hat vor kurzem der unsern Lesern schon aus früherer Zeit wohlbekannte Herr „Hofrat“ Dr. C. Beyer in der Zeitschrift „Über Land und Meer“ einen Aufsatz veröffentlicht, der es verdient, daß ihn auch unsre Leser kennen lernen. Er wird zwar auch in Sonderabdrücken verbreitet, aber da es doch die Frage ist, ob unsre Leser einen solchen Sonderabdruck in die Hände bekommen, und wir ihnen auf jeden Fall das Vergnügen verschaffen möchten, den Aufsatz des Herrn „Hofrats“ kennen zu lernen, so teilen wir ihn hier mit unbedeutenden Auslassungen mit. Der Herr „Hofrat“ schreibt:

„Wir sind in der angenehmen Lage, ein litterarisches Kleinod vermitteln zu können, welches dereinst dem Plektron der begnadeten Sängerin Carmen Sylva, der regierenden Königin von Rumänien, entrauschte und ebenso in Hinsicht auf Wahrheit des Gedankens, wie im Hinblick auf meisterliche Form, vollendete Konzeption und Komposition wertvoll sein dürfte, dauernd erhalten zu bleiben.

Als der fürstlichen Corinna gelegentlich ihres Kuraufenthalts in Pallanza der Besuch des Dr. Adolf Mirus, des Begründers der Loenstiftung und Herausgebers der Monographie: „Das Lisztmuseum und seine Erinnerungen“ gemeldet wurde, fand sich die Dichterin, nach dem ihr der Verfasser seine Schrift über das Lisztmuseum überreicht hatte, bewogen, ihre zur Bewundrung Franz Liszts bereits im Jahre 1883 mit Bezug auf Liszts gleichnamige Komposition verfaßte Dichtung „Waldesrauschen“ der gedachten Stiftung als Beitrag zu verehren. Sie schrieb die Buchstaben mit eigener Hand in künstlerisch origineller Weise auf ein Elfenbeinplättchen nieder, wobei sie die Initialen in altdeutscher Manier kunstvoll kolorirte.

Der Leser wird finden, daß das Gedicht seinen Gegenstand in idealer Weise wie an einer Spirale aufrückt, und daß es durch verständnisvolle Verteilung von Licht und Schatten, sowie durch die Schönheit der dichterischen Sprache und durch die Annuit des Wohllauts vorbildlich genannt werden darf. Durch zielbewußte poetische Malerei, die den Charakter des Begriffs schon im Klange onomatopöetisch [sic!] anzudeuten weiß, zeigt die königliche Dichterin, daß sie sich in seltenem Grade auch mit den physischen Ursachen und Gesetzen der organischen Lautbildung und Lautsymbolik vertraut gemacht hat. Sie versteht die rhetorische Figur der Onomatopöie oder Schallnachahmung gründlich zu handhaben, wodurch sie ihrem Gedichte wunderfame Reize aufgeprägt hat. Ihre Onomatopöie umfaßt vollweg den Klang der Worte und Sätze, wie ich dies in meiner deutschen Poetik I, 119 ff. und I, 202 wissenschaftlich ausführen konnte. Durchweg wählt die Dichterin in ihrem improvisatorisch leicht hingehauchten Gedichte jene Wortlaute, welche den Hauptklängen ihrer rhythmischen Reihen verwandt sind und das sinnlich malende Moment in Erscheinung bringen. Hierzu gesellt sich der mit dem Grundton des Ganzen harmonisirende jambisch anapästische Rhythmus, der wie Maienwonne und

Maiensonne belebt und das Geistige und Sinnliche im Gewähren harmonischer Thätigkeit — ich möchte sagen musikalisch zur Anschauung bringt.

Für die Entstehung der prächtigen Dichtung haben wir noch zu erwähnen, daß August Bungert — welcher so manchen erhabnen Schöpfungen der königlichen Dichterin melodischen Klang verlieh und die bekannten größern Werke „Homerische Welt,“ sowie „Hutten und Sickingen“ komponirt hat — die Königin auf Dr. Mirus aufmerksam machte, worauf seitens der letztern eine Berufung zur Audienz am 20. Mai dieses Jahres erfolgte, in der die hohe Frau interessante Tagesfragen der Poesie und ihrer Träger berührte. Hierbei sprach sie sich besonders auch über die Schriften und die sehr verdienten Unternehmungen des Geheimen Hofrates Joseph Kürschner, sowie über die Werke des Verfassers dieser Zeilen, namentlich über dessen Poetik, auszeichnend aus und beauftragte Dr. Mirus, beiden Anerkennung und Grüße zu vermitteln. Die Königin gab gleichzeitig die nachgesuchte Erlaubnis zur Veröffentlichung ihres Gedichtes.“

Diesem Aufsatze ist ein Zinkdruck nach einer Photographie des erwähnten „Elfenbeinplättchens“ beigegeben, und am Schlusse folgt das Gedicht selbst, das folgenden Wortlaut hat:

Waldesrauschen

Es fließt ein Geflüster, es weht ein Gefäusle
Durch wiegende Kronen im Blättergekräusle,
Und drunter da plätscherts und sprudelt in Länzen,
Ein neckendes Richern, ein rauschendes Glänzen,
Dazwischen ein Blicken, ein Hüpfen, ein Nicken,
Von sonnigen Fleckchen ein heißes Bestücken,
Und flugs ein Geflatter, Gezwitscher, Gefose,
Ein buntes Gekrabble auf schwellendem Moose,
Die hurtigen Lüftchen, die eifrigen Düftchen
Erheben sich schwebend ob quellenden Lüftchen,
Es naschen die Gräser, sie haschen die Tropfen,
Es zirpen die Vögel und locken und klopfen
Und schwirren und girren, und wippen und jagen
Und haben vor Abend sich Wunder zu sagen;
Dann trollt es im Stolze*) von flüchtigen Läufen,
Ein Knicken, ein Rascheln, wo Blätter sich häufen.

Durch all das Geräusch ist ein Meister gegangen,
Und hat es erlauscht und gebannt und gefangen,
Nun fließts durch die Saiten, geheimnisvoll trunken,
Berückend, berauschend von tauigen Funken.

Die Höflichkeit verbietet uns, an diesem Gedicht, das „dem Plektron der fürstlichen Corinna entrauschte,“ Kritik zu üben. Aber wir fragen: Ist in der Redaktion der Zeitschrift „Über Land und Meer“ kein Mensch, der erstens den haarsträubenden Unsinn sieht, der in dem Aufsatze des Herrn „Hofrats“ Zeile für Zeile ausgebreitet ist, den logischen Unsinn, die völlige Urteilslosigkeit, die jämmerlichen Sprachschneider und — die bodenlose Eitelkeit, die auch aus diesem Nachwerk des Herrn „Hofrats“ wieder spricht? die Eitelkeit, mit der er sich und die andern beiden, den Herrn „Geheimen Hofrat“ Kürschner und den Herrn (Tonrat oder Musikrat oder Resonanzrat?) Bungert, die allerdings für dergleichen wohl auch nicht unempänglich sind, in das großartige Erlebnis des Herrn Dr. Mirus verflucht?

So oft Herr Kürschner um die Beiträge zur neuen Auflage seines Schrift-

*) Man möchte annehmen, es solle Holze heißen anstatt Stolze; aber auf dem „Elfenbeinplättchen“ ist deutlich Stolze geschrieben. Es ist wohl auch überflüssig, den Versuch zu machen, in irgend eine dieser Zeilen einen Sinn zu bringen.

stellerlexikons bittet, versäumt er nie, hinzuzufügen, wie glücklich er sich schätzen würde, wenn ihm jeder Schriftsteller auch seine Photographie zusendete. Könnten sich nicht die Herren p. t. Beyer, Mirus, Kürschner und Bungert einmal als Gruppe photographiren lassen (im Hintergrunde Franz Liszt und Carmen Sylva mit dem „Plektron“) und uns ein Exemplar davon zusenden? Die vier Herren zusammen und dazu das „rauschende Plektron“ — das wäre wirklich sehenswert!



Litteratur

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Herausgegeben von Professor Dr. F. Conrad, Prof. Dr. L. Elster, Prof. Dr. W. Lexis und Prof. Dr. Edgar Loening. Vierter Band. Gewerksvereine — Muster- und Modellschutz. Jena, G. Fischer, 1892.

Der vorliegende Band dieses von uns wiederholt warm empfohlenen Werkes giebt gründliche Auskunft über eine ganze Reihe der allerwichtigsten und „aktuellsten“ Gegenstände. Wir nennen nur die Artikel: Gold und Goldwährung, Gothenburger Ausschanksystem, Grundrente, Grundsteuer, Handelsbilanz, Handelsvertrag, Irren-gesetzgebung, Kapital, Koalition und Koalitionsverbote, Kolonien und Kolonialpolitik, Kreditgenossenschaften, Krisen. Dem Zuge der Zeit entsprechend, tritt das Soziale und Volkswirtschaftliche auch in diesem Bande stärker hervor als das Juristische und das im engeren Sinne Politische. Obwohl jeder der Mitarbeiter unabhängig von den übrigen nach eigener Überzeugung urteilt und alle sich der größten Objektivität befleißigen, ergeben alle diese objektiven Beiträge zusammen doch eine gewisse Mittellinie, auf der das Werk durch die einander bekämpfenden Gegensätze der Zeit hindurchsteuert. Recht deutlich tritt diese Mittellinie hervor in dem Artikel Grundbesitz, und zwar in dem ersten, von Adolf Wagner bearbeiteten Teile, der die ein wenig sonderbar klingende Überschrift trägt: „Die volkswirtschaftliche Prinzipienfrage der Rechtsordnung.“ Darin wird vor dem „Absolutismus der Lösungen“ gewarnt; immer könne es sich nur um relative Verbesserungen handeln. Damit verringere sich das Maß für die Wertschätzung auch der bedeutendsten Reformen von vornherein bedeutend, „was gegenwärtig sozialistische Hyperideologen auch in der Bodenfrage übersehen.“ Und auf Seite 138, Spalte 2: „Eine einzige Antwort, wesentlich (?) ganz (?) für Privateigentum, wie der ökonomische Individualismus, ganz für Gemeineigentum, wie der ökonomische Sozialismus will, ist nicht zu geben. Überall sollte möglichst der Leitstern bei der Entscheidung das wahre allgemeine Produktionsinteresse und das mit der Verteilung des Bodenertrages enge zusammenhängende Interesse der ganzen Gesellschaft sein. Ein richtiges Enteignungsrecht muß zu Hilfe kommen, um wohlervorbenen Privatrechten gegenüber den Boden der jeweilig für die Gesamtheit nützlichsten Verwendung zuzuführen zu können, wenn das vertragsmäßig nicht zu erreichen ist.“

